

Festspielhausfreunde übergeben 7.115 Unterschriften - Positiver Ratsbeschluss

5. September 2012

Genau 7.115 Unterschriften haben die Fest.Spiel.Haus.Freunde gesammelt und übergaben sie am Dienstag an den Oberbürgermeister und die Ratsfraktionen. Alle Unterzeichner bekunden ihren Willen: Es muss ein neues Festspielhaus für Bonn geben, um den Geburtstag Beethovens im Jahr 2020 angemessen zu feiern. „Die Unterzeichner kommen aus allen Gruppierungen: Junge, Ältere, Studenten, Berufstätige, Rentner, Klassikfans und Fans moderner Musik“, fasste die Vereinsvorsitzende Monika Wulf-Mathies zusammen. „Diese Sammlung zeigt, dass es einen breiten Rückhalt aus der Bevölkerung für das Festspielhaus gibt.“

Die Unterschriften wurden bei verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen gesammelt. Die freiwilligen Helferinnen und Helfer der Fest.Spiel.Haus.Freunde „haben dabei viele gute Gespräche mit den Unterzeichnern geführt“, so Wulf-Mathies. „Die meisten mussten wir aber nicht mehr überzeugen, dass nur ein neues Festspielhaus das Profil Bonns als Beethovenstadt auch in Zukunft sichert. Viel Unverständnis haben wir gehört, dass die Stadt mit ihrer zögerlichen Haltung riskiert, die Sponsorengelder und die beträchtlichen Mittel des Bundes für das Festspielhaus zu verlieren.“ Die Unterschriftensammlung geht noch weiter, u.a, werden die Fest.Spiel.Haus.Freunde beim Beethovenfest wieder im Einsatz sein.

Der Rat stimmte dann später einem Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zu, in dem noch einmal betont wird, dass der Rat sich für ein Festspielhaus an der Rheinaue ausspricht. Begrüßt wird ausdrücklich das bürgerschaftliche Engagement und die Zusage der Deutschen Post DHL. Weiter heißt es: "Die Stadt stellt das gewünschte Grundstück zur Verfügung und wird den späteren Bauherrn beim vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Genehmigungsverfahren nach Kräften unterstützen und auch die Umfeldgestaltung im Rahmen von Städtebauförderungsmaßnahmen vornehmen. ... Die Finanzierung des Betriebes durch eine Stiftung wird konkretisiert und die Stadt beteiligt sich angemessen daran." Grüne und Linke stimmten gegen den Antrag.